Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Bezirk Nord

DGB Bezirk Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen
Landtages
Dr. Andreas Tietze, Vorsitzender
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6087

Stellungnahme des DGB Nord zum Alternativantrag Potentiale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen (Drucksache 19/3034 – Nr. 2 b), erster Unterpunkt zum Thema Gewerbeflächen

4. August 2021

Uwe Polkaehn
Vorsitzender

Uwe.Polkaehn@dgb.de

Telefon: 040-6077661-25

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

www.nord.dgb.de

Sehr geehrter Herr Tietze, sehr geehrte Abgeordnete,

mit Schreiben vom 28. Juni 2021 geben Sie uns die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Alternativantrag Potentiale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen (Drs. 19/3034 – Nr. 2 b), Unterpunkt Gewerbeflächen.

Diese Gelegenheit nehmen wir als DGB Bezirk Nord gerne wahr.

Die Feste Fehmarnbeltquerung sowie ihre Hinterlandanbindung verstärken die Rolle der Metropolregion Hamburg als Scharnier zwischen Mittel- und Südeuropa einerseits und Nordeuropa andererseits. Daraus ergeben sich wirtschaftliche Potentiale, die vor allem dort ausgeschöpft werden sollten, wo auch die größten Risiken und Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Für Fehmarn besteht die Gefahr, dass zumindest ein Teil der ca. 600 tarifgebundenen Arbeitsplätze beim Betreiber der Fährverbindung Puttgarden-Rødbyhavn abgebaut wird. Gerade der Norden des Kreises Ostholstein benötigt entsprechend wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven.

Um die wirtschaftlichen Chancen durch Neuansiedlung oder Erweiterung bestehender Unternehmen überhaupt nutzen zu können, ist die Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen unerlässlich. Aber auch bestehende und nicht mehr genutzte Infrastruktur, wie im Hafen von Puttgarden, sollten mit dem Ziel der Neuansiedlung zukunftsträchtiger Unternehmen ertüchtigt werden. Eine weiterhin gute Verkehrsanbindung des Hafens ist zu diesem Zwecke sicherzustellen.

Um die Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen – ggf. auch interkommunal – zu ermöglichen, muss die Landesplanung wenn nötig flexibel angepasst werden. Auch der Ausbau der benötigten Infrastruktur – wie insbesondere die Versorgung mit Breitbandanschlüssen – muss vorangetrieben werden.

Name, Adresse und zur Bearbeitung notwendige Angaben werden vorübergehend gespeichert.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material.

Gerade weil Gewerbeflächen bereits knapp sind und die Nachfrage – wie zum Beispiel in Lübeck - das Angebot übertrifft, sollten die zur Verfügung stehenden Flächen bestmöglich genutzt werden. Bei der Vergabe der Flächen muss es das Ziel sein, möglichst viele gute Arbeits- und Ausbildungsplätze anzusiedeln. Ein zentrales Auswahlkriterium sollte die Tarifgebundenheit der Unternehmen sein. Gut bezahlte Arbeitskräfte erhöhen die Attraktivität der Region und sichern Kaufkraft und Wohlstand. Der Ausbau bezahlbaren Wohnraums muss parallel zur Gewerbeflächenentwicklung vorangetrieben werden. Gerade in der Urlaubsregion Ostholstein wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend durch die Umwandlung und den Neubau von Ferienwohnungen verdrängt.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Polkaehn